

27. Sep. 2007

## ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Bösch,  
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten  
betreffend Regierungskonferenz über den Entwurf eines EU-Reformvertrags.

Derzeit wird im Zuge der EU-Regierungskonferenz der Entwurf für einen Reformvertrag für die Europäische Union erarbeitet. Dieser Reformvertrag soll die Europäische Union neu ordnen und wird aller Voraussicht nach zu etwa 95 Prozent dem alten, gescheiterten Entwurf für eine Verfassung für die Europäische Union entsprechen.

Im Zuge der Verhandlungen sollte sich die Republik Österreich entsprechend einbringen und zentrale Themen und Problemstellungen für die Republik mit der EU bereinigen.

Daher richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten folgende

### Anfrage:

1. Haben Sie als Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, und in Ihrer Funktion als Verhandlungsführerin in der Regierungskonferenz das österreichische Problem mit der Quote für nicht-österreichische Studenten an Österreichs Universitäten zur Sprache gebracht und als Bedingung für die Zustimmung Österreichs zu einem Reformvertrag die Lösung dieses Problems zur Bedingung gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
2. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz das österreichische Transit-Problem zur Sprache gebracht und als Bedingung für die Zustimmung Österreichs zu einem Reformvertrag die Lösung dieses Problems zur Bedingung gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
3. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz den Schutz des österreichischen Wassers vor dem Ausverkauf zum Thema gemacht und als Bedingung für die Zustimmung Österreichs zu einem Reformvertrag die Garantie dieses Schutzes des heimischen Wassers geltend gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
4. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz den Einfluß Österreichs auf Entscheidungen in der Europäischen Union zum Thema gemacht und als Bedingung für die Zustimmung Österreichs zu einem Reformvertrag einen zumindest gleichbleibenden, wenn nicht besseren, Einfluß auf die europäischen Entscheidungsfindungen geltend gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?

5. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz die Causa des AKW Temelin, bzw. deren Lösung zum Thema gemacht und als Bedingung für die Zustimmung Österreichs zu einem Reformvertrag ebendiese Lösung geltend gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
  
6. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz die nachwievor bestehenden Benes-Dekrete und Avnoj-Beschlüsse zum Thema gemacht und deren endgültige Aufhebung als Bedingung für Österreichs Zustimmung zu einem Reformvertrag geltend gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
  
7. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu Thema gemacht und als Bedingung für eine Zustimmung Österreichs zu einem Reformvertrag geltend gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
  
8. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz den effizienten Schutz der europäischen Außengrenzen durch eine durch härtere Durchgriffs-Maßnahmen gestärkte FRONTEX im Sinne des Schutzes Europas und Österreichs vor einer unkontrollierbaren Flut an illegalen Einwanderern zum Thema gemacht, und solche Maßnahmen als Bedingung für die Zustimmung Österreichs zu einem Reformvertrag geltend gemacht?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
  
9. Haben Sie im Zuge der Regierungskonferenz andere zentrale Interessen der Republik Österreich zum Thema gemacht und diese als Bedingung für die Zustimmung zu einem Reformvertrag geltend gemacht?
  - a. Wenn ja, welche?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
  
10. Sind von den in den Fragen 1 – 9 genannten österreichischen Anliegen, so Sie von Ihnen entsprechend vorgebracht wurden, im Zuge der Regierungskonferenz irgendwelche einer Lösung zugeführt worden, bzw. die Zustimmung der Republik Österreich zu einem Reformvertrag von der Lösung österreichischer Problemstellungen abhängig gemacht worden?
  - a. Wenn ja, in welcher Form?
  - b. Wenn nein, warum nicht?

Bnd  
Sab  
Wien am  
27. SEP. 2007